

FRAGEN	CDU	SPD	GRÜNE	FDP
<p>1. Welchen Stellenwert hat für SIE die Bildung eines Kindes ?</p>	<p>1. Bildung von Kindern und Jugendlichen hat für die CDU – Fraktion einen hohen Stellenwert. Nur mit einem (möglichst qualifizierten) Schulabschluss sind Chancen für eine Berufsausbildung und damit für ein erfülltes Berufsleben gesichert.</p>	<p>1. Bildungspolitik hat für die SPD-Fraktion seit vielen Jahren erste Priorität. Bildungspolitik im Vollsinn umfasst nicht nur den Sektor Schule, sondern ebenso die vorschulische Erziehung in Krabbelgruppe und Kindertagesstätte sowie die berufliche Aus- und Weiterbildung. In allen genannten Bereichen haben wir wiederholt weiterführende Vorschläge eingebracht und uns für Verbesserungen innerhalb der Stadt Pforzheim eingesetzt. Das wird auch in den kommenden fünf Jahren so sein.</p>	<p>1. erste Priorität</p>	<p>1. 10 = (erste Priorität)</p>
<p>2. Stärkung des Standortes Pforzheim durch ein leistungsfähiges Schul-Angebot In welchem Bereich des städtischen Haushalts würden SIE im Falle IHRER Wahl <u>Abstriche</u> machen, um den <u>Bildungsbereich</u> zu <u>stärken</u> ?</p>	<p>2. Die CDU – Fraktion fordert, dass alle weiterführenden Schulen, also nicht allein Gymnasien und Realschulen, sondern auch alle Sparten der Berufsschulen in Pforzheim vertreten sein müssen. Schon vor Jahren haben wir dafür plädiert, dass auch die Berufsschüler aus der Region Nordschwarzwald (Kochlehrlinge, Nahrungsmittelhandwerk, alle Metallberufe) hier unterrichtet werden. Immobilienkaufleute aus ganz Baden – Württemberg besuchen in Pforzheim die Berufsschule. Ebenso sollen die Schulen für Mehrfachbehinderte von Langensteinbach nach Pforzheim gebracht werden. Abstriche müssen mit Augenmaß immer dort gemacht werden, wenn es sich um Projekte handelt, die nicht nachhaltig oder nicht mehr notwendig sind.</p>	<p>2. Hier sind pauschale Vorschläge wenig realistisch. Kürzungen sind dort möglich, wo man Aufgaben verschieben kann, weil auch eine spätere Ausführung noch Sinn macht. Zahlreiche kostenaufwändige „Verschönerungen“ im Stadtbild wie die Neugestaltung des Platzes vor dem Emma-Jaeger-Bad, die teure Umgestaltung der Jörg-Ratgeb-Straße oder der nunmehr dritte Umbau des Leopoldplatzes sind zu nennen. In allen drei Fällen haben SPD-Stadträte ihre Zustimmung verweigert, wurden aber von anderen Fraktionen überstimmt. Auch nach ihrer Wiederwahl werden die Mitglieder der SPD-Gemeinderatsfraktion ein wachsames Auge auf überflüssige Planungen und allzu opulente Ausführungen haben. Unter den SPD-Kandidaten gilt hinsichtlich eines leistungsfähigen Schulangebots der Slogan „Kreide vor Kreisel“, und das ist durchaus</p>	<p>2. Straßenbau, Straßenbau, Straßenbau</p>	<p>2. Ich sage schon seit Jahren, dass es gar nicht notwendig ist, Abstriche zu machen, wenn die Strukturen effizienter werden. Um ein Beispiel zu nennen: Wir werden in den nächsten Wochen eine Neuorganisation des Klinikums beschließen. Ich gehe davon aus, dass dies der Stadt einen Defizitausgleich von 4 Millionen Euro im Jahr erspart. Geld für die Bildung!</p>

		<p>ernst gemeint! Allerdings muss dabei die aktuelle Finanzentwicklung der Stadt gesehen werden. Nur im Kontext des gesamten Haushaltentwurfs können konkrete Sparmaßnahmen umgesetzt werden, wenn man es nicht bei einer ungerechten Rasenmähermethode belassen möchte.</p>		
<p>3. Zuwenig Geld im Verwaltungshaushalt für die Schulbetriebsmittel Sind SIE als Kandidat bereit, der Pforzheimer Bevölkerung VOR der Wahl geeignete Maßnahmen anzukündigen, wie Pforzheim aus eigener Kraft mehr Mittel für die Schulen zur Verfügung stellen kann ?</p>	<p>3. Wie Bund und Land, aber auch wie alle anderen Kommunen, hat die Stadt zuwenig Geld, um alle Aufgaben zur vollen Zufriedenheit aller gesellschaftlichen Gruppen erfüllen zu können. Dennoch zeigen die Haushaltsreste aus dem Jahr 2003, dass alle Schulen sparsam gewirtschaftet haben. Der Gemeinderat hat den Schulen diese Geld belassen, damit die Schulen diese Mittel im kommenden Jahr für neue Lernmittel und Bücher, die durch die neuen Lehrpläne und Lernfelder bedingt notwendig werden, einsetzen können.</p>	<p>3. Neben dem genannten Verzicht auf ggf. später zu realisierende Umbau- und Verschönerungsmaßnahmen denken wir in der SPD-Fraktion an die Erhöhung der Einnahmen, wie sie sich beispielsweise durch die Wiedereinführung von Parkgebühren an Samstagen erzielen ließen. Jedes Jahr gehen der Stadt rund eine Viertel Million Euro dadurch verloren, dass man an Samstagen keine Gebühren für das Parken zu entrichten braucht. Dieser Einnahmeverzicht bringt keine messbare Steigerung des Umsatzes im Einzelhandel, da zahlreiche Parkplätze von Dauerparkern belegt werden.</p> <p>SPD-Stadträte werden sich nach der Wahl dafür einsetzen, dass in Pforzheim an Samstagen wieder Parkgebühren erhoben werden. Die erhöhten Einnahmen sind voll dem Schulbudget zuzuführen. Aber auch an anderer Stelle lassen sich auf sinnvolle Weise Einnahmen erzielen: Eine konsequente Verfolgung von Falschparkern im Innenstadtbereich, z.B. vor der Postfiliale in der Zerrennerstraße, vor Döner- und Imbissbuden, sowie strengeres</p>	<p>3. das tun wir seit vielen Jahren, wir fordern Mittelerhöhung, bzw. keine Kürzungen im Schulbereich; leider fehlen die politischen Mehrheiten zur Umsetzung geeignete Maßnahmen sind u.a.: Reduzierung der Standards im Straßenbau, bzw. bei der Unterhaltung Verzicht auf "Wohlfühlplätze", z.B. beim Emma-Jägerbad ganz wichtig auch eine effektivere und schlankere Verwaltung in der Kommune sowie mehr Eigenverantwortlichkeit für Finanzen an die Schulen, denn die Schulen wissen am besten, wie sie das Geld einsetzen wollen</p>	<p>3.) Siehe Frage 2.</p>

		<p>Vorgehen gegen Schmutzfinken, die durch Zigarettenkippen, Kaugummis, und andere Abfälle Straßen und Plätze zu Müllhalden degradieren, führen nicht nur zu mehr Sicherheit und Sauberkeit, sondern tragen auch zur Finanzierung dringend notwendiger schulischer Betriebsmittel bei.</p>		
<p>4. Zuwenig Geld im Vermögenshaushalt für Gebäudeunterhalt Schulen Sind SIE bereit, der Pforzheimer Bevölkerung VOR der Wahl geeignete Maßnahmen anzukündigen, wie Pforzheim aus eigener Kraft den Reparatur - und Sanierungs-Stau abbauen und mehr Mittel für den Unterhalt der Schulgebäude verfügbar machen kann ?</p>	<p>4. Der Gemeinderat der Stadt hat in den letzten 5 Jahren viel Geld für die Schulen ausgegeben. Einiges davon ging auf Anträge der CDU – Fraktion zurück.</p> <p>Theodor – Heuss – Gymnasium Aufstockung, rd. 2 Mio € Sanierung Turnhalle Kepler Gymnasium, rd. 0,5Mio € Sanierung Kepler Gymnasium, rd. 9 Mio € Turnhalle Maihäldenschule, 2,5 Mio € Schulhof Hilda – Gymnasium, rd. 1Mio € Hebel – Heuss – Turnhalle (Neubau) rd. 4,5 Mio € Die Schulhöfe der Nordstadtschule und der Grundschule Hohenwart wurden umgestaltet, so dass eine Doppelnutzung auch als Spielplatz möglich ist (150 000€), die Heizungsanlage des Reuchlingymnasiums wurde erneuert (0,5 Mio €). Außerdem wurde die Schulküche an der Arlinger Hauptschule für rd. 70000 €. Dennoch sind wir uns bewusst, dass die Schulen in Pforzheim einen großen Renovierungs – und Sanierungsbedarf haben, der lange Jahre vernachlässigt wurde.</p> <p>Anhand einer Prioritätenliste versuchen wir hier Stück für Stück die notwendigen Dinge in Angriff</p>	<p>4. Die SPD-Fraktion stellt fest, dass es sich in unserer Stadt nicht nur um den gewöhnlichen Reparatur- und Sanierungsstau handelt, sondern dass auch ein erheblicher Neubau- und Erweiterungsbedarf besteht. Zu nennen sind hier in erster Linie berufliche Ausbildungsstätten wie Alfons-Kern-, Johanna-Wittum- oder Heinrich-Wieland-Schule, die aus den Nähten platzen. Hier sind unverzüglich Verhandlungen mit den zuständigen Zuschussgebern aufzunehmen, um mittelfristige Verbesserung zu schaffen. Der hohe Bedarf an Investitionsgeldern kann nur durch Verzicht auf teure Planungen neuer Straßen, neuer Brücken, neuer Kreisverkehre gedeckt werden. Kostenträchtige Verschönerungsmaßnahmen und Wohlfühlplätze dürfen erst dann umgesetzt werden, wenn wieder mehr Gelder zur Verfügung stehen. Hier werden die Stadträtinnen und Stadträte der SPD sehr darauf achten, dass Bildung vor Beton rangiert.</p>	<p>4. der Sanierungsstau an den Pforzheimer Schulen ist das Ergebnis einer seit vielen Jahren verfehlten Politik; der hochgelobte "Schulstandort Pforzheim" bröckelt schon lange im wahrsten Sinn des Worts vor sich hin. Neubaumittel, z. B. für die Alfons-Kern-Schule sind aus eigener Kraft nicht zu bewältigen, dies ist auch gar nicht notwendig, dafür gibt es – unverzichtbare - Mittel des Landes Baden-Württemberg. Reine Schulsanierungen werden im übrigen nicht bezuschusst, ein Problem für viele finanziell klamme Kommunen. Pforzheim muss den Mut haben, städt. Mittel, die ja vorhanden sind, eben anders einzusetzen als bisher</p>	<p>4. Siehe Frage 2. Allerdings muss man deutlich sagen, dass der gewaltige Investitionsstau, dem wir uns gegenübersehen, nicht kurzfristig zu lösen ist. Schon gar nicht ohne die Hilfe des Landes.</p>

	zu nehmen. Besonderen Handlungsbedarf sehen wir bei den Berufsschulen: die Heinrich – Wieland – Schule könnte auf dem eigenen Areal erweitert werden. Bei der Alfons – Kern – Schule favorisieren wir ebenfalls den Verbleib am jetzigen Standort (Sanierung, Teilabriss, Teilneubau ?), also die innerstädtische Variante.			
<p>5. Kürzung der Schulbetriebsmittel nach der üblichen städtischen 'Rasenmäher-Methode': Sind SIE bereit, den Pforzheimer Eltern VOR der Wahl verbindlich zu zusichern, dass Schulbetriebsmittel künftig von <u>pauschalen Haushaltskürzungen</u> und <u>generellen Ausgabesperren</u> auszunehmen sind, um kommunale Pflichtaufgaben im Sektor Schule und Bildung nicht zu unterminieren ?</p>	<p>5. Pauschale Haushaltskürzungen sind weder bei Lehr – noch bei Lernmitteln erfolgt und sollen auch in 2005 nicht erfolgen. Die Mittel für Gebäudeunterhaltung belaufen sich jährlich auf rd. 4 Mio €. Damit nimmt die Verwaltung die laufende Gebäudeunterhaltung sowie kleinere Maßnahmen vor. (Waschbecken, Dachschrägen etc.)</p>	<p>5. Die stadträtlichen Mitglieder der SPD haben pauschalen Kürzungen und generellen Haushaltssperren im Schulbereich bisher grundsätzlich nicht zugestimmt. Auch für die kommenden Jahre trägt nach unserer Auffassung der Gemeinderat die Verantwortung dafür, dass die kommunalen Pflichtaufgaben im Schul- und Bildungssektor nicht ausgehöhlt werden. Die SPD-Kandidaten stehen zu den bisher eingehaltenen Grundsätzen: Keine pauschalen Reduzierungen bei kommunalen Pflichtaufgaben! Keine allgemeinen Sperren im Schulhaushalt.</p>	<p>5. ja, das ist unsere Forderung in jeder Haushaltsberatung</p>	<p>5. Für das Volumen des Bildungsbereichs insgesamt bin ich dazu bereit. Ich bin aber nicht bereit, einen Freifahrtschein für sämtliche Haushaltspositionen auszustellen. Im Prinzip müssen alle Ausgaben immer wieder auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden.</p>
<p>6. Bildungsreform 2004 nicht ohne neue Bücher: Ab September d.J. gibt es neu gestaltete</p>	<p>6. Die Anschaffung neuer Schulbücher kann zum Teil mit den bereits erwähnten Haushaltsresten aus 2003 erfolgen, ein Teil kann mit den im Haushalt 2004 bereit</p>	<p>6. Jeder Schüler hat ein Anrecht auf unentgeltliche Inanspruchnahme von Büchern. Diese Lernmittelfreiheit wird auch in Zukunft aufrecht erhalten. Die Stadt hat gerade angesichts</p>	<p>6.nicht jedes ältere Buch muss ein schlechtes Buch sein, bei fächerübergreifendem Unterricht kann man auch mit verschiedenen Büchern und anderen Unterrichtsmitteln</p>	<p>6. Ja</p>

<p><u>Fachbücher</u> u.a. wegen neuer <u>Fächerkombinationen</u>, sodass in sämtlichen Schularten auf Jahre hinaus (z.B. beim künftig generell nur noch achtjährigen Gymnasium <i>acht Jahre lang</i>) für <i>jede</i> Jahrgangsstufe in <i>jedem</i> Fach <i>neue</i> Schulbücher angeschafft werden müssen. Werden SIE im Falle IHRER Wahl dafür sorgen, dass alle betroffenen Schularten über die zusätzlich erforderlichen <u>Schulbetriebsmittel</u> verfügen ?</p>	<p>gestellten Mitteln beschafft werden, fehlende Beträge müssen im Haushalt 2005 eingestellt werden. Damit sind die Betriebsmittel bereitgestellt.</p>	<p>veränderter Lehr- und Bildungspläne die Pflicht, an allen Schulen für die vollständige Ausstattung ihrer Bildungsstätten mit den erforderlichen Lernmittel zu sorgen. Bei sehr kostenträchtigen Einzelbeschaffungen wie grafikfähigen Taschenrechnern u.ä. ist allerdings zwischen dem für die jeweilige Schule notwendigen und wünschenswerten Bedarf zu differenzieren.</p>	<p>arbeiten. Deshalb würde ich hier gerne die Meinung der Schulkonferenzen und Schulleitungen abwarten. Wo neues Unterrichtsmaterial unabdingbar ist, muss es her!</p>	
<p>7. Ganztagsbetrieb an Gymnasien nicht finanziert: Die Gymnasien müssen bei der künftig achtjährigen Schulzeit weitgehend Nachmittags-Unterricht einführen, haben daher über Lehrkräfte hinaus ähnlich wie die offiziellen Ganztagsschulen Bedarf an Mittags-Verpflegung und – Betreuung sowie an Aufenthaltsräumen. Welche Vorschläge haben Sie generell,</p>	<p>7. Im Kepler – Gymnasium ist eine Lösung für den „Ganztagsbetrieb“ auf Initiative von Eltern, Lehrern und Gemeinderat gefunden worden. Das ist beispielhaft! Zu gegebener Zeit werden sich auch an den anderen Gymnasien Möglichkeiten für Mittagstisch und Lernbetreuung herausbilden, die wir positiv begleiten werden. Für eine sofortige flächendeckende Einführung der Ganztagesgymnasien sehen wir derzeit keinen finanziellen Spielraum.</p>	<p>7. Ohne Zweifel machen die Veränderungen im gymnasialen Bereich (G 8, Profilentwicklung, erweiterte Bildungsstandards) längere Unterrichtszeiten erforderlich. Schon heute deckt der Vormittagsunterricht den Bedarf teilweise nicht mehr ab. Außerdem können wir es uns nicht mehr leisten, dass kostspielig eingerichtete Fachräume an den Nachmittagen ungenutzt bleiben. Da der zusätzliche Bedarf an Aufenthalts- und Sozialräumen nicht für alle Gymnasien gleichzeitig realisierbar ist, schlägt die SPD vor, hier differenziert vorzugehen: Schüler an Innenstadtgymnasien haben die</p>	<p>7. großes Problem! Kultusministerin Schavan weigert sich bisher hartnäckig, einen zusätzlichen Bedarf für die Gymnasien anzuerkennen und lässt somit die Kommunen völlig mit ihren Problemen alleine. Einige Schulen lassen sich jedoch nicht abschrecken und haben sich bereits auf den Weg zur Ganztagesesschule gemacht, z. B. Keplergymnasium. Wir brauchen einen Mix von Aktivitäten, z.B. Einbindung von Vereinen (hierfür gibt es Mittel), d.h. der Judoverein oder die Musikschule kommt an die Schule mit ihrem Angebot, ein hohes Engagement der Eltern (am Kepler werden die Eltern den Mittagstisch in Eigenregie betreuen). Für</p>	<p>7. Es ist aus meiner Sicht unzutreffend, daß generell Nachmittagsunterricht notwendig sein wird. Man kann den Stundenplan so gestalten, daß maximal um 14 Uhr Unterrichtsende ist. Ich setze mich aber für ein zusätzliches gymnasiales Ganztagsangebot ein, das die beschriebenen Einrichtungen haben muss. Für die Finanzierung der Lehrkräfte ist das Land zuständig.</p>

<p>zusätzliches Personal zu finanzieren und zusätzliche Räume bei Schulen zu schaffen, bei denen keine Anbauten möglich sind?</p>		<p>Möglichkeit, ihren Bedarf während der Mittagspause in nahe gelegenen Läden und Geschäften selbst zu decken. Mit reinen Aufenthaltsräumen ist hier bereits ein Stück weit geholfen. Anders in den Stadtrandeinrichtungen - hier ist das Angebot von Mittagstischen möglichst rasch zu realisieren. Als Beispiel möge das Keplergymnasium in der äußeren Redtenbacherstraße dienen: Förderverein, SMV, Elternbeirat, Schulleitung und Lehrkörper sammeln Gelder, um eine Cafeteria einzurichten. Allerdings wird die Stadt dafür kein zusätzliches Personal zu finanzieren in der Lage sein. Hier ist - im Unterschied zu Ganztages-Grundschulen - ehrenamtliches Engagement gefragt.</p>	<p>Ganztageschulen gibt es erhöhte Lehrerstunden, die aber bei weitem nicht ausreichen, Schulanbauten halte ich bei der derzeitigen finanziellen Lage nicht für realistisch.</p>	
<p>8. Städtische Betreuungsangebote noch unzureichend: Welche Vorschläge haben SIE im Falle IHRER Wahl zum <u>Betreuungsangebot im Rahmen der Kernzeit und Hort an der Schule</u>, a)um endlich eine ausreichende <u>personelle Ausstattung</u> zu gewährleisten; b)um endlich die <u>erforderlichen Räume</u> zu schaffen; c)um endlich <u>berufstätigen Eltern</u> von Schulanfängern bereits zeitnah nach</p>	<p>a. Die Kernzeitbetreuung ist eingeführt. Auch in den „großen Ferien“ gibt es ein Angebot, das der Gemeinderat eingeführt hat. Diese Betreuungsform reicht für berufstätige Eltern oftmals nicht aus. Da die öffentliche Hand in der nächsten Zeit mit sehr wenig Geld auskommen muss, werden wir auch in diesem Bereich nur in kleinen Schritten vorankommen. b. Räume sind unserer Kenntnis nach vorhanden, falls nötig sind auch Anmietungen möglich. c. Hortplätze bleiben erhalten, wenn auch nicht immer in Wohnortnähe.</p>	<p>8. Nachdem die Kultusministerin ihr Versprechen einer „sicheren Grundschule“ nicht wahrgemacht hat, ist das Betreuungsangebot für unterrichtsfreie Zeiten an weiteren Grund- und Hauptschulen zu erhöhen. Die bisherigen Erfahrungen mit der VHS machen uns Mut, den eingeschrittenen Weg fortzusetzen. Unter Kostenbeteiligung der Betroffenen möchten wir Kinder pädagogisch betreut und begleitet sehen. Denkbar wäre hier die Anwendung des auf Verlangen der SPD geschaffenen (neugestalteten) Pforzheim-Passes, der eine sozial gestaffelte finanzielle Beteiligung vorsieht. Infolge sinkender Grundschülerzahlen können für derartige Betreuungsprogrammen Räume frei gemacht und sinnvoll (wohlich) umgestaltet werden. Wir</p>	<p>8. die Kernzeitbetreuung wird durch die VHS angeboten. Ich halte das nicht für die optimale Lösung, da es zu viele Reibungsverluste durch das Nebeneinander gibt. Die Schule selbst garantiert nur die verlässliche Halbtageschule, d.h. von 8.30 bis 12.05 Uhr, für die übrige Zeit ist die VHS zuständig. Wir brauchen eine Lösung aus einem Guss, das ist eine Forderung an die Landesregierung in Stuttgart. Eltern müssen sich dafür einsetzen, daß das Ganztagesangebot ausgebaut wird (bei der nächsten Wahl dran denken)!</p>	<p>8. Auch im Grund- und Hauptschulbereich wollen wir ein zusätzliches Ganztagsangebot schaffen. Es ist allerdings utopisch zu glauben, daß sich kurzfristig alle Wünsche realisieren lassen.</p>

<p>der Anmeldung <u>Planungssicherheit</u> geben, d.h. einen Betreuungsplatz fest zusagen zu können ?</p>		<p>von der SPD werden uns dafür einsetzen, dass die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden.</p>		
<p>9. Nachholbedarf in der Sozialarbeit an Schulen: SchülerInnen sind in ihrem Familien- und Freundeskreis vielerlei Belastungen ausgesetzt (z.B. Trennung der Eltern, Arbeitslosigkeit, Alkohol-/ Drogenprobleme, Gewalt ...), brauchen daher häufig Beratung und Unterstützung. In vielen Kommunen ist die <u>soziale Arbeit an Schulen Standard</u>. Werden SIE im Falle IHRER Wahl dafür sorgen, dass <u>dauerhaft die Stellen für Soziale Arbeit an Schulen</u> gesichert werden ?</p>	<p>9. Die Schulsozialarbeit ist besonders in Brennpunktschulen zu einem nicht mehr wegzudenkenden Bestandteil der Schulwirklichkeit geworden. Durch das Auseinanderbrechen der Familien, Überforderung der Eltern und „Null- bock“ – Mentalität von manchen Kindern und Jugendlichen werden immer mehr Aufgaben in die Schule verlagert. Deswegen hat der Gemeinderat erst vor kurzem drei Stellen zur Weiterführung von Schulsozialarbeit genehmigt. Die CDU trägt dies mit und ist realistisch genug, um zu sehen, dass in den nächsten Jahren möglicherweise noch weitere Schulsozialarbeiter beschäftigt werden müssen.</p>	<p>9. Schulsozialarbeiter/innen leisten hervorragende Arbeit. Auf ihren Einsatz kann mit Blick auf gefährdete/benachteiligte Kinder und Jugendliche in Pforzheim nicht mehr verzichtet werden. Außerdem zahlt sich Schulsozialarbeit mittel- bis langfristig auch finanziell aus, da sie spätere Hilfen zur Erziehung, die in der Regel sehr kostenträchtig sind, durch Vorbeugung zu vermeiden hilft.</p> <p>SPD-Stadträte werden sich auch in Zukunft uneingeschränkt zur Schulsozialarbeit bekennen und ihren Teil dazu beitragen, dass die Finanzierung gesichert ist.</p> <p>Da viele Jugendliche im BVJ erhebliche Defizite zeigen, wäre auch hier Sozialarbeit angesagt. Die SPD bedauert, dass auf Betreiben von CDU und Oberbürgermeisterin der Einsatz von Jugendberufshelfern eingestellt wurde. Johanna-Wittum- und Alfons-Kern-Schule signalisieren hier erheblichen Bedarf. Wir werden uns nach der Wahl dieser Problematik erneut stellen und entsprechende Anträge einbringen.</p>	<p>9. ja</p>	<p>9. Ja</p>
<p>10. Streitfall Schülerbeförderung: Welche Kriterien sollen im Falle IHRER Wahl für finanzielle Unterstützung bei der</p>	<p>10. Die Schülerbeförderung, die auch von Land bezuschusst wird, kostet die Stadt über 3 Mio.€ .(Sie ist eine wichtige Einnahmequelle des ÖPNV.) Aufgrund der Höhe dieser Summe,</p>	<p>Die SPD-Fraktion sieht angesichts der derzeitigen Finanzlage der Stadt keine Möglichkeit, wie die Schülerbeförderung mit dem ÖPNV stärker bezuschusst werden könnte. Auch eine Zuschussreduzierung</p>	<p>10. keine Anpassung der Schulöffnungszeiten an den Busverkehr(da wackelt der Schwanz mit dem Hund)! Eine Erhöhung der kommunalen Zuschüsse sehe ich nicht, der</p>	<p>10. Spielraum für eine Anhebung der kommunalen Zuschüsse sehe ich nicht. Wenn eine bessere Abstimmung der Anfangszeiten des Unterrichts mit den Busfahrplänen möglich ist, würden wir es</p>

<p><u>Schülerbeförderung</u> gelten ? Befürworten Sie a) Reduzieren - oder Anheben der kommunalen Zuschüsse ? b) Anpassung der Schulöffnungszeiten an den öffentlichen Busverkehr?</p>	<p>ist sie im Gemeinderat immer wieder Diskussionspunkt (Anhebung der Entfernung zwischen Schule und Wohnort von 1500 m auf 2000 m?, Schulweg zu Fuß als sportliche und mentale Pause?) Die Koordination der Fahrpläne und Stundenpläne, Flexibilisierung bei Unterrichtsbeginn – und Ende sind ebenfalls ein immer wiederkehrendes Thema im Schulausschuss. Bisher war es nicht möglich eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung zu finden.</p>	<p>macht wenig Sinn, da in der Folge die Zuschüsse des Landes ebenfalls zurückgeführt würden, was zu Lasten der Verkehrsbetriebe ginge. Gestaffelte Schulöffnungszeiten und somit versetzte Busfahrpläne könnten zu Kosteneinsparungen führen. Es ist jedoch strikt darauf zu achten, dass dabei berechnete Interessen der Schüler nicht auf der Strecke bleiben: Es ist beispielsweise nicht zumutbar, dass auswärtige Schüler wegen einer zehnmütigen Vorverlegung des Unterrichtsbeginns eine Stunde früher auf den Linienbus in ihrer Wohngemeinde gehen müssen. Wir sind zu Gesprächen bereit und werden geeignete Vorschläge bezüglich der Schülerbeförderung jederzeit gerne aufnehmen.</p>	<p>Busverkehr ist hochdefizitär. Die Kommune muss jetzt bereits ein Defizit von mehreren Millionen Euros tragen.</p>	<p>begrüßen. Wir sind uns aber über die praktischen Schwierigkeiten im Klaren.</p>
<p>11. Wie stehen sie zur Ganztagschule Sehen Sie den Bedarf an Ganztageschulen, bzw. Ausbau von Ganztageschulen in Pforzheim, in welcher Form, in welchem Stadtteil und mit welcher Priorität?</p>	<p>11. Die CDU tritt für die bedarfsgerechte Versorgung mit Ganztagesangeboten ein. Zunächst sollen besonders Brennpunktschulen mit diesem Angebot versorgt werden. In der Nordstadt – Schule wird dies systematisch ab Klasse 5 in einem Zweig eingeführt und läuft bereits an, als nächste Schule wird die Inselhauptschule zur Ganztageschule, der Gemeinderatsbeschluss ist gefasst, die Planung läuft. Eine flächendeckende Einrichtung von Ganztageschulen in allen Bereichen sehen wir als nicht unbedingt nötig an, zumal dies in den nächsten Jahren auch finanziell nicht zu schultern sein wird. Denn Ganztageschulen</p>	<p>11. Die Notwendigkeit von Ganztageseinrichtungen - übrigens auch bei den Kindertagesstätten! - ist für die SPD unbestritten. Nur in Ganztageschulen können erweiterte soziale Kompetenzen vermittelt werden, nur in Ganztageschulen und –kindergärten kann verstärkt auf (Mutter-) Sprachfähigkeit und Kommunikationsbefähigung hingewirkt werden. Die Anmeldungen an der Nordstadtschule zeigen, dass in Pforzheim der Bedarf nach Ganztagesklassen besteht. Nach der Inselchule wären entsprechende Überlegungen z.B. im Hinblick auf</p>	<p>11. steht ganz oben auf der Prioritätenliste!!! Wir brauchen Ganztageschulen in sozialen Brennpunkten, aber nicht nur dort, denn in der Ganztageschule wird mit den Kindern soziales Miteinander, Unterrichtsvertiefung, aber auch Sport, Spaß und vieles mehr eingeübt. Wir brauchen in allen Schularten ausreichende Ganztagesangebote, daran fehlt es bislang, die Standortfrage halte ich für sekundär.</p>	<p>11.) Grundsätzlich sehe ich - wie bereits geschildert - den Bedarf an Ganztageschulen. Die Ganztageschule ist für mich aber nur ein Zusatzangebot und nicht ein erstrebenswerter Regelfall. Standorte sollten so gewählt sein, dass sie möglichst für die Kinder aus allen Stadtteilen gleich gut erreichbar sind.</p>

	<p>erfordern zusätzliches Personal und zusätzlichen Schulraum, also Geld von der Kommune.</p>	<p>Brötzingen anzustellen. Über Form und Priorität müsste in den jeweiligen Sozialraumkonferenzen beraten werden.</p> <p>All dem steht die SPD-Fraktion aufgeschlossen gegenüber, denn alles, was die Bildung zukünftiger Generationen verbessern kann, findet unsere Unterstützung.</p>		
<p>ZUSATZFRAGE zum Unterrichtsausfall und Lehrermangel</p>	<p>12. Unterrichtsausfall ist immer schlecht. Wir wissen, dass fast alle Schulen trotz Krankheitsvertreter mit diesem Problem zu kämpfen haben. Gute Lehrer in genügender Zahl sind das Kernstück der Schule und sicherlich noch wichtiger als moderner Schulraum. Dennoch muss man sich vor Augen führen, dass auch das Land mit gewaltigen Finanzproblemen aufgrund geringerer Steuereinnahmen etc. fertig werden muss. Es ist sicherlich nicht möglich, jede Lehrerstelle doppelt zu besetzen, um im Krankheitsfall sofort Abhilfe schaffen zu können. Bei realistischer Einschätzung wird uns dieses Problem auch die nächsten Jahre begleiten. Dennoch ist es dem Elternbeirat unbenommen, auf Unterrichtsausfall hinzuweisen und die Schulen bei der Forderung um Lehrkräfte zu unterstützen. Als Gemeinderäte, denen der Schulausschuss besonders am Herzen liegt, dürfen wir doch nicht vergessen, dass eine Stadt wie ein großes Puzzle ist, das sich aus vielen Steinen zusammensetzt. Ein Gemeinwesen muss vielen Anforderungen und vielen</p>	<p>12. Nach unseren bisherigen Erfahrungen gibt es hier für Stadträte nur wenig Einflussmöglichkeiten. Am wirkungsvollsten wären hier vermutlich andere Landtagswahlergebnisse, aber dafür müsste sich der Gesamtelternbeirat fragen lassen: Was haben Sie diesbezüglich bisher getan?</p>		<p>12. Zur Zusatzfrage: Ich sehe keine Möglichkeit für einen Pforzheimer Stadtrat, die Landesregierung wirksam unter Druck zu setzen. Als Funktionsträger einer Regierungspartei im Lande sehe ich persönlich auf dieser Schiene eher Möglichkeiten. Es ist allerdings an den Eltern und Schülern, dafür zu sorgen, dass das Thema Bildung zum Topthema im Landtagswahlkampf des Jahres 2006 wird. Bislang ist das noch nie gelungen.</p>

	Bürgerwünschen gerecht werden, auch Infrastruktur, Straßenbau, Kultur und soziale Einrichtungen gehören dazu. An uns ist es, die Balance zu halten, wobei wir der Meinung sind, dass Pforzheim eine gute Schulstadt ist und dies auch bleiben soll.			